

ENERGIE-EINKAUF ZUM RICHTIGEN ZEITPUNKT

Strompreise deutlich gesenkt

Einkaufsgemeinschaft sichert dem Handwerk Sonderpreise für zwei Jahre

Erneut profitieren Handwerksbetriebe aus Baden-Württemberg von ihrer Energie-Einkaufsgemeinschaft. Die Einkaufsgemeinschaft hatte vor einigen Wochen eine bundesweite Ausschreibung mit einem Gesamtvolumen von über 115 Mio. kWh Strom erfolgreich abgeschlossen. Rund 7.000 Mitgliedsbetriebe wechselten zum 1.4.2010 ihren Lieferanten und profitieren dadurch von Sonderpreisen, die den Betrieben in Summe eine zusätzliche Entlastung von über 1,3 Mio. Euro an Stromkosten gegenüber ihrem bisherigen, bereits sehr guten Liefervertrag einbringt.

An der bundesweiten Ausschreibung hatten sich insgesamt acht namhafte Lieferanten beteiligt. Gewinner der Ausschreibung ist die Süwag Energie AG, eine Regionalgesellschaft der RWE AG. Die Süwag Energie hatte sich mit sehr guten Strompreisen für alle Verbrauchsgruppen und einer Preisgarantie für zwei Jahre gegenüber den anderen Wettbewerbern durchgesetzt.

Durchgeführt wurde die Ausschreibung von der Ampere AG, die seit 10 Jahren die Energie-Einkaufsgemeinschaft des Handwerks als Koopera-

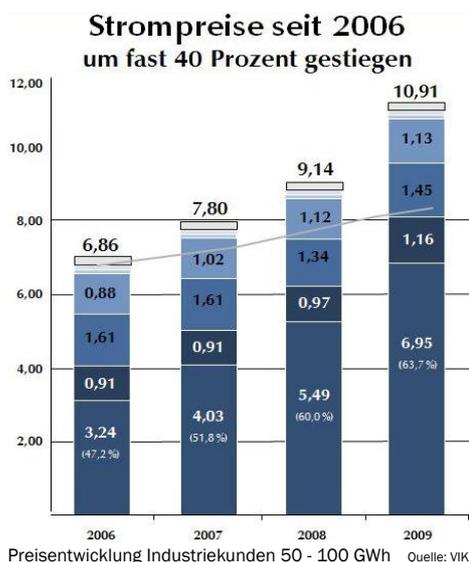
tionspartner des Baden-Württembergischen Handwerkstages (BWHT) erfolgreich betreut.

„Entgegen dem allgemeinen Markttrend zu weiteren Preiserhöhungen ist es uns gelungen, einen sehr günstigen Einkaufszeitpunkt zu finden und diese Preise auch für zwei Jahre zu sichern. Dadurch können wir den Mitgliedern der Energie-Einkaufsgemeinschaft jetzt diese Sonderpreise anbieten“, bekräftigt Dr. Arndt Rottenbacher, Vorstand der Ampere AG, das sehr erfreuliche Verhandlungsergebnis.

„Unsere Strompreise sind für zwei Jahre planbar und sicher. Zusammen mit dem im vergangenen Jahr erfolgreich verhandelten Gaspool komplettiert dieser neue Rahmenvertrag den günstigen Energiebezug für unsere Mitgliedsbetriebe. Wir haben mit der Einkaufsgemeinschaft unseren eigenen Anspruch, das Handwerk als Wirtschaftsmacht, realisiert“, freut sich auch Dr. Hartmut Richter, Hauptgeschäftsführer des BWHT in Stuttgart, über den neuerlichen Verhandlungserfolg.

Industriestrom teurer

Der Strompreisindex des Verbandes der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft (VIK) für Kunden, die aus dem Mittelspannungsnetz beliefert werden, liegt im Mai bei 150,63 Punkten. Das sind 10,94 Punkte bzw. 7,83 % mehr als im Vormonat. Damit befindet sich der Index wieder auf dem Niveau von Ende 2005, so der VIK. Grund für den deutlichen Anstieg sind die um 11,26 % bzw. 5,10 Euro je MWh gestiegenen Strompreise an der EEX für die folgenden vier Quartale.



KURZINFO

Neues aus der Energiebranche

■ **Erneuerbare weiter im Aufwind.** Mehr als 10 Prozent des gesamten Verbrauchs an Wärme, Strom und Kraftstoffen seien 2009 in Deutschland durch erneuerbare Energien bereitgestellt worden, lautet das zentrale Ergebnis der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien Statistik (AGEE-Stat). Ihr Anteil am Stromverbrauch stieg weiter



auf 16,1 Prozent. Auch wurden im Vergleich zum Vorjahr deutlich mehr Biogas-, Photovoltaik- und

Windkraftanlagen gebaut. Damit verbunden stiegen die Investitionen im Bereich der Erneuerbaren auf einen neuen Rekordwert von 17,7 Mrd. Euro. "Die Erneuerbaren Energien haben sich als Fels in der Brandung der Wirtschaftskrise behauptet", sagte Bundesumweltminister Röttgen.

■ **Mehr "grüne" Arbeitsplätze.** Laut einer aktuellen Studie des DIW Berlin waren im Jahr 2006 bereits 1,8 Millionen Beschäftigte direkt und indirekt für den Umweltschutz tätig. Mit einem Anteil von 4,5 Prozent aller Erwerbstätigen arbeite fast jeder zwanzigste Arbeitnehmer für den Umweltschutz, der damit auch in der Wirtschaftskrise ein bedeutender und stabilisierender Faktor für den gesamten Arbeitsmarkt sei. Ein erheblicher Teil des Beschäftigungswachstums sei auf die dynamische Entwicklung im Bereich der erneuerbaren Energien zurückzuführen. Auf umweltorientierte Dienstleistungen entfielen mittlerweile mehr als 1 Mio. Arbeitsplätze in Deutschland und beanspruchten daher einen größeren Stellenwert als die Warenproduktion, so die Studie. Zu den umweltorientierten Dienstleistungen gehörten Finanzdienstleistungen, Dienstleistungen im Ökotourismus, im Energie- und Gebäudemanagement und umweltfreundlichere Mobilitätsdienstleistungen.

Ölpreisbindung tatsächlich gekippt?

Eine Einschätzung des jüngsten Bundesgerichtshofurteils

Gasversorger dürfen ihre Preise nicht ausschließlich von der Entwicklung der Ölpreise abhängig machen. Das hat der Bundesgerichtshof (BGH) Ende März diesen Jahres entschieden. Die Karlsruher Richter kippten mit diesem Urteil eine weitere Klausel zur Preisanpassung von Energieversorgern und stärkten so die Rechte der Endverbraucher.

Kunden und Verbraucherschützer hatten gegen die hessischen Stadtwerke Dreieich und den Kölner Versorger RheinEnergie AG geklagt. Die Gasversorger hatten Klauseln in ihren Verträgen, nach denen sich die Preisgestaltung einzig nach der Entwicklung des Preises von extra leichtem Heizöl (HEL) richten sollte. Die alleinige Bindung an diesen Faktor benachteilige aber die Kunden unangemessen und könne deshalb nicht Grundlage einer Preisanpassung sein, entschieden die Richter. Sie ermögliche den Versorgern, über die Abwälzung konkreter Kosten hinaus zusätzliche Gewinne zu erzielen.



Was bedeutet dieses Urteil genau?

Experten sind sich einig, dass die Gaspreisentwicklung insgesamt durch das Urteil kaum beeinflusst werden wird. Die Ölpreisbindung ist und bleibt ein wesentliches Element zur Gaspreisbildung. Gaslieferkonzerne wie Gazprom beispielsweise koppeln ihren Preis aus Prinzip an den Ölpreis, weil es für sie einträglich ist. Als alleiniges Argument für eine Preiserhöhung seitens der Versorger darf die Bindung an den Ölpreis nun aber nicht mehr herangezogen werden. Die für die Gaspreisbildung ebenfalls entscheidenden langfristigen Lieferverträge zwischen den internationalen Lieferanten und den Importeuren hierzulande standen in Karlsruhe indes nicht zur Debatte. Diese Verträge werden auch weiterhin langfristig angelegt sein, da die Erschließung von Gasfeldern nur geschieht, wenn die Gaslieferkonzerne über Planungssicherheiten verfügen. In den USA beispiels-

weise sind im vergangenen Jahr größere Mengen an Erdgas entdeckt worden, die sich zudem leicht transportieren lassen würden. Und auf dem Spotmarkt, wo die kurzfristigen Preise für Erdgas festgelegt werden, gab es seit Beginn der Wirtschaftskrise einen regelrechten Preisverfall, während Erdöl relativ teuer blieb. Eigentlich müssten die Gaspreise für die Endverbraucher spätestens jetzt fallen. Tun sie aber nicht, weil sie nach wie vor an das teure Erdöl gekoppelt sind.

Auch der Wettbewerb auf dem deutschen Gasmarkt kommt nur langsam in Gang. Bundesweit werben zwar knapp 800 Versorger um die 18,5 Millionen deutschen Haushalte, die Gas beziehen, aber die Preise geraten kaum unter Druck. Allein in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres erhöhten mindestens 80 Versorger ihre Tarife um bis zu 11,66 Prozent. Um mehr Wettbewerb zu erreichen, müssten aus Sicht von Experten vor allem im ländlichen Raum größere zusammenhängende Netzgebiete geschaffen werden. Diese Gebiete sind derzeit für Anbieter wenig attraktiv, weil es dort mehr als 800 Gasnetzbetreiber gibt. Um die Kunden beliefern zu können, müssen die Versorger daher mit einer Vielzahl von Netzbetreibern Verträge abschließen. Die Folge: Enormer Aufwand bei relativ geringen Gewinnmargen.

Mit dem Urteil ist eine generelle Ölpreisbindung nicht vom Tisch, aber die Branche muss umdenken. Erst vor kurzem hat ein Importeur einen Vertrag mit Gazprom geschlossen, der keine Ölpreisbindung enthält. Ein Grund dafür ist das Überangebot an Erdgas im Markt, was die Verhandlungsposition von Gazprom geschwächt hat. Das Urteil ist ein Schritt zu mehr Transparenz und mittelfristig auch zu mehr Wettbewerb.



Fotos: Pixello

Neues aus der Energiebranche

■ **Energieverbrauch zieht an.** Nach ersten Schätzungen sei der Absatz von Strom und Erdgas im ersten Quartal 2010 gegenüber dem Vorjahr insgesamt um etwa 5 % gestiegen, teilte der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) mit. Gründe dafür seien der längere Winter und ein ansteigender Industrierverbrauch in Folge konjunktureller Belebung.

■ **E-Autos kein Klimagewinn?** Elektroautos würden nicht entscheidend dazu beitragen, den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase zu verringern, meint die Umweltschutzorganisation Greenpeace. Wenn 2020 rund 1 Mio. Elektrofahrzeuge auf deutschen Straßen unterwegs seien, spare das mit 2 bis 3 Mio. t nicht mehr CO₂ als ein Tempolimit. Der Verbrennungsmotor biete weit mehr Potenzial für Klimaschutz. Der Durchschnittsverbrauch von Pkw lasse sich von heute 7,5 l je nach Modell auf bis zu 2,5 l drücken - eine Effizienzsteigerung, die noch so viele Elektrofahrzeuge nicht aufwiegen könnten. Ohnehin sei die Antriebsart zweitrangig, entscheidend sei die Konfiguration des Autos, das kleiner, leichter, intelligenter werden müsse, so Greenpeace. Derzeit belaste jedes Elektroauto durch den Strom aus der Steckdose das Klima mit anderthalb bis doppelt so viel CO₂ wie ein herkömmliches Fahrzeug.

■ **Klimaschutz: China drängt EU.** Die chinesische Regierung forderte die EU-Staaten auf, ihre Klimaschutzzusagen sofort und ohne zusätzliche Bedingungen auszuweiten. Ein Abbau der Treibhausgasemissionen um 30 % bis 2020 sei für die Europäer ein realistisches Ziel und könne die Amerikaner zu vergleichbar ehrgeizigen Klimazusagen bewegen, so der Chefunterhändler Su Wei. Beharre die EU auf dem 20 %-Reduktionsziel bis 2020, werde sie ihre Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel verlieren und auch die Einigung auf ein Klimaabkommen Ende 2010 in Mexiko gefährden. Eine Reduktion um 30 % will die EU erst zusagen, wenn sich die anderen Staaten zu vergleichbar ehrgeizigen Zielen verpflichten.